

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0254/2015/IV

Datum:
24.11.2015

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Dezernat I, Feuerwehr
Dezernat II, Amt für Baurecht und Denkmalschutz
Dezernat II, Gebäudemanagement
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt
Dezernat IV
Dezernat V, Amt für Liegenschaften
Dezernat V, Kämmereiamt

Betreff:

**Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg
- Standortsuche**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 21. Dezember 2015

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	02.12.2015	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	10.12.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen diese Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Einnahmen:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Finanzierung:	
Derzeit noch nicht absehbar	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Verwaltung informiert den Gemeinderat mit dieser Vorlage über die Kriterien der Standortsuche für die Unterbringung von Menschen auf der Flucht in den Stadtteilen und stellt mögliche Objekte vor.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.2015

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.2015:

21 **Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg - Standortsuche** Informationsvorlage 0254/2015/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner verweist zu Beginn des Tagesordnungspunktes ausdrücklich auf die Vertraulichkeit der als Tischvorlage in gelben Mappen verteilten Standortliste für die Flüchtlingsunterbringung. Sie sei bis zur öffentlichen Behandlung im Gemeinderat am 10.12.2015 streng vertraulich und dürfe den Sitzungssaal nicht verlassen.

Bürgermeister Dr. Gerner erläutert, dass es sich bei der Liste um Objekte handle, die für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen gedacht sei. Heidelberg sei zwar zurzeit aufgrund der zentralen Registrierungsstelle in Patrick-Henry-Village (PHV) von weiteren Zuweisungen befreit, jedoch müsse man sich darauf einstellen, dass die Befreiung im nächsten Jahr aufgehoben werde.

Frau Haas-Scheuerman, Leiterin des Amtes für Soziales und Senioren, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (PPP) unter anderem die aktuelle Situation in Heidelberg, die Sondersituation in PHV sowie die Organisationsstruktur der in der Verwaltung eingerichteten Arbeitsgruppen, die Flüchtlingsstrategie 2017 sowie das weitere Vorgehen.

Im Anschluss daran erläutert Frau Hirschfeld, Leiterin des Gebäudemanagements, ebenfalls mit einer PPP die in den Stadtteilen vorgenommene Standortsuche, sie zeigt Beispiele für Container / Pavillons (kurzfristige Lösung) und modulare Bauweise und deren Raumaufteilung (längerfristige Lösung) sowie die vorgesehene Nutzung von Bestandsgebäuden.

Oberbürgermeister Dr. Würzner ergänzt, mit dieser Vorgehensweise bereite man sich darauf vor, in einem halben Jahr handlungsfähig für eine erneute Aufnahme von geflüchteten Menschen zu sein. Er werde sich jedoch weiterhin beim Land dafür einsetzen, dass Heidelberg nicht überlastet werde.

Stadträtin Stolz freut sich, dass Standorte in allen Stadtteilen gefunden werden konnten. Hinsichtlich der Containerunterbringung fragt sie nach der Standardgröße pro qm Raum und Person.

Bürgermeister Dr. Gerner und Oberbürgermeister Dr. Würzner teilen mit, dass eine Standardgröße von 4,5 qm pro Person in der Containerlösung angestrebt werde.

Stadträtin Dr. Detzer fragt nach, ob es baurechtliche Probleme bei der Unterbringung gebe.

Erster Bürgermeister Stadel teilt mit, dass hinsichtlich der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen eine Erleichterung in der Gestalt gebe, von der LBO (Landesbauordnung) abzuweichen. Dies helfe sehr. Bezüglich des Brandschutzes gebe es eine klare Aussage vom Städtetag. Hier dürfe es keine Abstriche geben.

Bürgermeister Erichson betont, dass die Standortliste am Montag den Bezirksbeiräten und Stadtteilvereinsvorsitzenden vorgestellt werde. Er erachte es daher als wichtig, dass der Gemeinderat hinter diesem Konzept der dezentralen Unterbringung stehe und dieses mittrage.

Bürgermeister Dr. Gerner ergänzt, die Grundbotschaft des gesamten Konzeptes, die bei Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern gegeben werden solle, sei: Wir wollen ein Miteinander und nicht ein Untereinander.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 10.12.2015:

11 **Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg - Standortsuche** Informationsvorlage 0254/2015/IV

Als Tischvorlage wird eine Liste der untersuchten Standorte für Flüchtlingsunterbringung in den Stadtteilen verteilt (Anlage 1 zur Drucksache).

Oberbürgermeister Dr. Würzner teilt mit, das Heidelberg größten Wert auf eine dezentrale Unterbringung im Stadtgebiet lege. Er halte dies auch persönlich für zwingend erforderlich, um eine bessere Integration der Menschen zu erreichen. Es sei versucht worden, in jedem Stadtteil vergleichbare Flächen zu finden, die überwiegend mit mobilen Pavillons ausgestattet werden sollen. Sporthallen möchte er nicht belegen müssen.

Mit dem Hinweis auf die Informationsveranstaltung mit allen Bezirksbeiräten und allen Stadtteilvereinsvorsitzenden im Gesellschaftshaus im Pfaffengrund am 07.12.2015, bedankt er sich für die sehr konstruktive Diskussion. Ferner bedankt er sich bei Bürgermeister Dr. Gerner und seinem Team, die Großartiges leisten.

Einzig der Standort Weststadt – Wilhelmsplatz sei in dieser Runde diskutiert worden. Hier möchte er mitteilen, dass bis dato keine Alternativfläche gefunden worden sei, die den Anforderungen bezüglich der Größe entspreche.

Des Weiteren spricht er die beiden Standorte in Rohrbach an. Der Kolbenzeil-Standort sei in der Präferenz vor dem IGH-Standort, der nur dann genutzt werden solle, wenn die anderen Standorte in der Gesamtstadt nicht ausreichen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner teilt mit, dass die Realisierung der Flächen sofort umgesetzt werden müsse, sobald die Flächen baulich hergerichtet seien. Dies bedeutet, dass in circa 3 – 4 Monaten oder auch bis zu einem halben Jahr die Einrichtungen bezugsfertig seien. Deshalb sei es wichtig, heute eine Entscheidung für die vorläufige Unterbringung der Menschen auf der Flucht zu treffen. Die eigentliche Integration müsse im gesamten Stadtgebiet stattfinden, in dem versucht werde, das gesamte Wohnraumangebot zu verbessern.

Stadtrat Dr. Gradel hat es großartig gefunden, wie die Veranstaltung im Gesellschaftshaus von den betroffenen Ämtern vorbereitet und die Teilnehmer über das Thema aufgeklärt worden seien. Lobenswert sei auch, wie besonnen die anwesenden Bezirksbeiräte auf das Thema reagiert haben. Es sei ein großartiges Bekenntnis dieser Stadt zur Flüchtlingspolitik und zu der Art und Weise, wie diese Menschen in Heidelberg begrüßt und untergebracht werden. Hinsichtlich des Wilhelmsplatzes möchte er wissen, wie hier weiter verfahren werde und ob die angebotene Alternativfläche Alois-Link-Platz eine wirkliche Alternative sei.

Dem Dank für die ausgezeichnete Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung schließt sich Stadtrat Emer an. Sie sei von einem Geist der gemeinsamen Verantwortung für das gesamte Wohl der Stadt geprägt gewesen. Hut ab vor allen Verantwortlichen aus den Stadtteilen, die sehr sachorientiert das Thema behandelt haben. Es sei erfreulich, dass in allen Stadtteilen Standorte gefunden werden konnten. Man müsse jedoch damit rechnen, dass noch weitere Herausforderungen bewältigt werden müssen.

Stadträtin Stolz schließt sich dem Dank an und bittet, den Dank an die Bezirksbeiräte weiter zu geben. Dass sie so offen und zustimmend der Aufnahme von Menschen in Not zugestimmt haben, sei ein Lehrstück der Demokratie und Menschlichkeit. Ihr sei wichtig zu vermitteln, dass die genannten Unterkünfte bis zur Asyl-Antragstellung eventuell bis zur Anerkennung des Asylantrages gebraucht werden. Auftrag an alle sei jedoch, Wohnungen in der gesamten Stadt zu finden, um zu einem nachbarschaftlichen Miteinander mit den Heidelbergern zu gelangen. Hinsichtlich des Standortes Wilhelmsplatz teilt sie mit, dass sie sich grundsätzlich für diesen ausspreche, da vom Platz aus alle öffentlichen Einrichtungen gut erreichbar seien und dieser auch aus verkehrlicher Sicht dem Alois-Link-Platz vorzuziehen sei. Sie bittet jedoch, dass die Veranstaltungen wie der Wochenmarkt et cetera nicht beeinträchtigt werden und dass deshalb Rücksprache mit allen Beteiligten gehalten werden solle, um für alle eine verträgliche Lösung zu finden.

Oberbürgermeister Dr. Würzner teilt mit, dass nicht auf dem Wilhelmsplatz sondern am Wilhelmsplatz Unterbringungsmöglichkeiten aufgestellt werden sollen. Der Standort werde so verträglich wie möglich eingerichtet, sodass weiterhin Veranstaltungen auf dem Platz stattfinden können. Dies sei auch zielführend für die Kommunikation mit den geflüchteten Menschen und den Weststädtern. Der Alois-Link-Platz biete zu wenig Raum für die Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge und sei daher nicht geeignet.

Wichtig für Stadträtin Mirow sei, dass die angesprochenen Unterbringungsmöglichkeiten nur vorübergehend genutzt und Unterbringungen in Wohnungen forciert werden müssen. Natürlich werde Wohnraum für alle gebraucht, jedoch dürfen Geflüchtete nicht gegen Menschen mit geringem Einkommen ausgespielt werden. Ein Problem sei auch, dass der soziale Wohnungsbau nicht statfinde. Insofern müsse auch die GGH hier eine wichtige Rolle einnehmen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner ergänzt, dass nun erst einmal die vorläufige Unterbringung geregelt werde. Für die Anschlussunterbringung werde natürlich Wohnraum benötigt – aber nicht nur für Menschen auf der Flucht, sondern auch für Studenten und viele andere mehr. Dem Thema Wohnraumbau und -entwicklung müsse man sich ganzheitlich widmen, um dem Bedarf Rechnung zu tragen. Es sei richtig, dass der soziale Wohnungsbau über Jahrzehnte brach gelegen sei. Mit der Entwicklung von Mark-Twain-Village jedoch, sei eines der größten Wohnquartiere Deutschlands für preisgünstigen Wohnraum auf den Weg gebracht worden. Dennoch sei dies nicht ausreichend und die Wohnraumknappheit dürfe nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen die Stadt verlassen müssen.

Stadträtin Deckwart-Boller bittet darum, zukünftige Veranstaltungen nicht montags (Fraktionssitzung) durchzuführen. Sie fragt nach weiteren Maßnahmen, wie Schulsozialarbeit, Kita-Plätze et cetera, für die Integrationsarbeit.

Oberbürgermeister Dr. Würzner ergänzt, dass die Verwaltung schon seit Monaten Gespräche mit den verschiedenen Akteuren geführt habe. Er sagt zu, hierüber gesondert zu berichten. Klar sei, dass Deputate erhöht und Stellen geschaffen werden müssen.

Stadtrat Niebel fragt nach, ob die Container in zwei bis drei Jahren wieder entfernt werden können? Er bezweifle dies. Zudem sei er der Meinung, dass andere Städte ihren Anteil für Menschen auf der Flucht ebenso erbringen sollten, wie Heidelberg.

Stadträtin Winter-Horn schließt sich dem Dank für die Veranstaltung im Pfaffengrund an und teilt für ihre Fraktion mit, dass sie die dezentrale Unterbringung für Menschen auf der Flucht unterstützen. Sie verweist in Bezug auf den Standort Rohrbach auf den Brennpunkt Hasenleiser, der dazu geführt habe, dass die IGH einen Zaun um ihr Gelände erhalten habe. Sie erachte den Standort IGH daher für schwierig und bittet um eine sorgfältige Begleitung.

Stadträtin Dr. Schenk schließt sich dem Dank für die Veranstaltung vergangener Woche und die, die bereits im Januar dieses Jahres durchgeführt worden sei, an.

Bürgermeister Dr. Gerner informiert zum Thema Integration, dass diese sofort beginne, wenn die Menschen Heidelberg zugewiesen werden. Also bereits schon in der vorläufigen Unterbringung. Ferner teilt er mit, dass sich unter den 581 Flüchtlingen, die der Kommune bereits zugewiesen worden seien, 100 Kinder und Jugendliche befinden, die im bestehenden System (Schulen und Kindergärten) versorgt seien. Genau hier spiegle sich der Vorteil der dezentralen Versorgung wieder.

Er berichtet, dass er in den letzten drei Wochen mit den Schulleitungen aller Heidelberger Schulen sein Jahresgespräch geführt habe, bei dem das Thema Integration im Mittelpunkt gestanden habe. Nur, wie viele Kinder und Jugendliche in Heidelberg eintreffen, könne nicht vorausgesagt werden. Trotz allem auch hier die klare Botschaft: Heidelberg ist vorbereitet.

Abschließend stellt Oberbürgermeister Dr. Würzner nochmals klar, dass mit dem heute vorgelegten Papier man sich lediglich auf die jetzige Situation vorbereite. Wie die zukünftige Entwicklung weitergehe, könne derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Er bittet um ein klares Signal / Statement und stellt zur Abstimmung, dass sich der Gemeinderat mit dem weiteren Vorgehen der Verwaltung, die untersuchten Standorte für die Flüchtlingsunterbringung zu entwickeln, einverstanden erklärt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss
Nein 2

Begründung:

1. Ausgangslage

Derzeit befinden sich weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde.

Dadurch sind auch die Flüchtlingszahlen in der Bundesrepublik drastisch gestiegen; die Bundesregierung geht nach letzten Prognosen für 2015 von etwa einer Million geflüchteter Menschen aus, die nach Deutschland kommen werden.

Innerhalb Deutschlands werden die Geflüchteten nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel, der sich anhand von Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berechnet, auf die Bundesländer verteilt. Danach muss Baden-Württemberg 12,93143% der ankommenden Menschen aufnehmen und liegt damit an dritter Stelle unter den Bundesländern. Bei voraussichtlich 1 Million geflüchteter Menschen in Deutschland im Jahr 2015 bedeutet dies etwa 130.000 Personen für Baden-Württemberg.

Innerhalb von Baden-Württemberg werden die Geflüchteten nach einer Zuteilungsquote auf die Stadt- und Landkreise verteilt, die sich aus dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Stadt- oder Landkreises an der Bevölkerung des Landes errechnet. Die Quote für Heidelberg liegt danach bei 1,5 %. Bei dieser Ausgangslage wären 2016 bei vorsichtiger Schätzung zusätzlich 1.500 – 1.800 Menschen in Heidelberg unterzubringen.

2. Situation in Heidelberg

Aktuell sind in Heidelberg knapp 600 Geflüchtete im Stadtgebiet untergebracht. Von weiteren Zuweisungen ist die Stadt auf Grund der zentralen Registrierungsstelle in Patrick-Henry-Village (PHV) derzeit befreit.

Da davon ausgegangen werden muss, dass diese Befreiung durch die Landesregierung in absehbarer Zeit teilweise oder ganz aufgehoben wird, ist es zwingend notwendig, die Zeit bis dahin zu nutzen, um neue Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in allen Stadtteilen zu erschließen. Ansonsten droht – wie es in anderen Kommunen bereits Realität geworden ist – schlimmstenfalls eine Unterbringung der geflüchteten Menschen in Sporthallen und ähnlichen Einrichtungen.

Die Suche nach neuen Standorten in allen Stadtteilen verfolgte unter anderem bereits die „Heidelberger Flüchtlingsstrategie 2017“, die der Oberbürgermeister mit einer Auftaktveranstaltung am 28.01.2015 gestartet hatte. Ausgehend von den damaligen Zahlen schien ein Bedarf für +/- 50 Personen in jedem Stadtteil realistisch. Unter Berücksichtigung der neuen Größendimension muss mittlerweile von einem Bedarf von + / - 150 Personen pro Stadtteil ausgegangen werden.

Um auf die Herausforderungen im Rahmen der Unterbringung von geflüchteten Menschen als Stadt angemessen reagieren zu können, hat der Gemeinderat bereits am 08.10.2015 beschlossen, die Befugnisse des Oberbürgermeisters in finanziellen Angelegenheiten auszuweiten und bisherige finanzielle Zuständigkeiten des Bau- und Umweltausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Gemeinderats für den Themenbereich „Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen“ nach der Hauptsatzung für einen befristeten Zeitraum (bis 31. Dezember 2016) auf den Oberbürgermeister zu übertragen. Inbegriffen ist dabei die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der Anschlussunterbringung im Stadtgebiet (zum Beispiel Kauf oder Anmietung geeigneter Objekte einschließlich deren Ertüchtigung (Drucksache 0282/2015/BV).

Ebenfalls in dieser Sitzung hat der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, die Prüfung bestimmter Standorte für Flüchtlingsunterkünfte in den Stadtteilen auf einer bis dahin erstellten Vorhabenliste weiter zu verfolgen.

3. Konzeptionelle Ausrichtung bei der Standortsuche

Entscheidend für eine gelingende Integration ist die Einbindung in die vorhandenen Strukturen der Stadtgesellschaft und damit verbunden der zügige Spracherwerb. Soziale Durchmischung sichern und Segregation vermeiden ist das Leitbild für ein aktives und solidarisches Stadtleben, dem sich die Stadt Heidelberg nach wie vor verpflichtet fühlt.

Wenn man die vorhandenen Strukturen in der Stadt mit dieser Aufgabe nicht überfordern will, kann dies nur durch eine stadtweite Verteilung der Standorte gelingen. Dabei ergeben sich Berührungspunkte insbesondere zu den folgenden Themenfeldern der Kommune:

3.1. Kindertageseinrichtungen

Eine Kindertageseinrichtung ist der ideale Ort zum Spracherwerb. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung sollte daher allen Flüchtlingskindern möglichst frühzeitig ermöglicht werden.

Die Betreuungsplätze von Kindern sollten grundsätzlich möglichst wohnortnah zur Verfügung gestellt werden. Dafür gibt es in Heidelberg über 120 Kindertageseinrichtungen von 40 verschiedenen Trägern. Bei einer stadtweiten Verteilung der Geflüchteten können zunächst die Möglichkeiten im Stadtteil in Zusammenarbeit mit diesen Trägern ausgeschöpft werden.

Bei weiter steigenden Zuweisungszahlen bedürfen die derzeitigen Rahmenbedingungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen in Bezug auf die damit verbundenen Aufgaben jedoch einer Fortschreibung.

3.2. Schulischer Bereich

Um die Grundvoraussetzung für den Erwerb der deutschen Sprache auch für Kinder im Schulalter sicher zu stellen, ist es notwendig, dass Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien möglichst schnell in unsere (Schul-)Strukturen integriert werden. Dies gilt insbesondere auch für die Zeiträume außerhalb des eigentlichen Unterrichts (Schulwege, Pausen, Betreuungszeiten).

Diese Integration gelingt umso besser, je kleiner die Gruppen von Flüchtlingskindern an der jeweiligen Schule sind.

Gute Voraussetzungen dafür gibt es in Heidelberg bereits durch die vielen kleinen wohnortnahen Grundschulen in den Stadtteilen mit überschaubaren Klassengrößen. Bei einer stadtweiten Verteilung der Flüchtlingskinder kann die Versorgung in diesen vorhandenen Strukturen voraussichtlich gewährleistet werden.

Die insgesamt 17 Vorbereitungsklassen an mittlerweile elf Heidelberger Schulstandorten unterstützen diesen Prozess, in dem sie die Voraussetzung schaffen, dass die Flüchtlingskinder nach ausreichendem Spracherwerb in den regulären Schulbetrieb einfließen können.

3.3. Sondergruppe „Unbegleitete minderjährige Ausländer“ (UMA)

Neben geflüchteten Menschen im Familienverbund sind auch Unterbringungsmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA, bisher unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, UMF) zu suchen (Drucksache 0245/2015/IV).

Diese Jugendlichen sind vom Kinder- und Jugendamt in Obhut zu nehmen und bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder einer sonstigen Wohnform unter Berücksichtigung umfangreicher fachlicher, personeller und räumlicher Standards, welche vom Kommunalverband für Jugend und Soziales vorgegeben werden, unterzubringen. Besondere Anforderungen sind dabei beispielsweise die Betreuung und Versorgung der Kinder und Jugendlichen rund um die Uhr, die Gewährleistung einer Nachtbereitschaft oder die Bereitstellung von Gemeinschafts- und Funktionsbereichen.

Für die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen sind außerdem besondere pädagogische Konzepte mit tagesstrukturierenden Maßnahmen zu entwickeln, sie sind zu beschulen und durch zahlreiche, weitere Aktivitäten dauerhaft in die Stadtgesellschaft zu integrieren.

Die vorhandenen Strukturen können das ebenfalls nur bei einer gleichmäßigen stadtweiten Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer leisten.

3.4. Gesetzliche Erleichterungen

Auch der Gesetzgeber hat auf das dringende Problem reagiert, Menschen auf der Flucht adäquat unterzubringen, und deshalb Erleichterungen in unterschiedlichen Bereichen, beispielsweise im Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, bei Schallschutzvorgaben, im Vergaberecht et cetera, beschlossen.

Befreiungen und Ausnahmen in Bezug auf die Art der baulichen Nutzung sind so unter erleichterten Bedingungen möglich. Beispielsweise können Unterkünfte für Geflüchtete auch in Gewerbegebieten zugelassen werden.

3.5. Verfügbarkeit von Konversionsliegenschaften zur Unterbringung Geflüchteter

Mit der Entwicklung der ersten Konversionsfläche Mark-Twain-Village/ Campbell Barracks und der Umsetzung des wohnungspolitischen Konzepts kann ein wichtiger Beitrag zur Abdeckung des dringenden Wohnraumbedarfs in der Stadt geleistet werden. In der Südstadt wird damit ein Entwicklungsvolumen von über 300 Millionen € ausgelöst und der Wohnungsbestand wird von 670 auf über 1.300 Wohneinheiten verdoppelt. Auch auf der Konversionsfläche Hospital soll mit dem Bau von rund 600 neuen Wohnungen weiterer Wohnraum geschaffen werden. Dieser Wohnraum soll allen zur Verfügung stehen und insbesondere den Wohnungsbedarf im preisgünstigen Segment bedienen.

Aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstandes bietet neben den Flächen in der Südstadt dabei insbesondere die Fläche Hospital die Perspektive, um den dringend benötigten Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen. Es muss Ziel und Anstrengung aller Beteiligten sein, dafür Sorge zu tragen, dass der Konversionsprozess trotz der Flüchtlingssituation weitergeführt werden kann.

Zur Beseitigung akuter Problemlagen beziehungsweise bis zur Schaffung langfristiger Unterbringungskapazitäten im gesamten Stadtgebiet wird es unter Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsprozesses gleichwohl für denkbar gehalten, einzelne geeignete Gebäude auf Konversionsflächen übergangsweise zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen.

Bei der Auswahl denkbarer Gebäude wird dabei neben dem Gebäudezustand auch die Zugänglichkeit ein wichtiges Kriterium darstellen.

4. Prozess der Standortsuche

Aufgrund der Dynamik und Tragweite der Thematik hat die Stadt mittlerweile die Lenkungsgruppe „Menschen auf der Flucht“ unter Leitung des Oberbürgermeisters gebildet, auf der operativen Ebene den Sonderstab PHV und den städtischen Sonderstab „Flüchtlinge“.

Zu den Aufgaben des städtischen Sonderstabes gehört unter anderem die Suche nach neuen Standorten für die Unterbringung von Geflüchteten. Dafür wurden in allen Stadtteilen in Frage kommende Standorte (unbebaute Grundstücke, Plätze, bestehende Gebäude und Wohnungen) benannt und in einem strukturierten Verfahren auf der Basis von Geeignetheit und Verfügbarkeit und ähnliches bewertet. Auch die Kostenfrage für die Entwicklung eines Standortes und die Möglichkeit, Fördergelder für einen Neubau oder Sanierungsarbeiten zu beantragen, spielten bei der Entscheidung eine Rolle.

Die Standorte wurden auf Basis dieser Prüfungsergebnisse nach 3 Prioritäten kategorisiert:

- **Priorität 3:**
rechtliche oder tatsächliche Hindernisse stehen einer Realisierbarkeit der Standorte entgegen.
- **Priorität 2:**
vorliegende rechtliche oder tatsächliche Hindernisse sind grundsätzlich ausräumbar.
- **Priorität 1:**
die genannten Standorte sind nach ersten Einschätzungen realisierbar.

Die bisher in Betracht gezogenen Standorte mit den Prioritäten 1 - 3 sind auf einer Liste zusammen gestellt. Diese Liste enthält lediglich städtische Objekte und fremde Grundstücke, über die die Stadt verfügen kann. In jedem Stadtteil wurden darüber hinaus weitere Grundstücke in privater Hand untersucht. Die Verwaltung wird auf die jeweiligen Grundstückseigentümer zugehen und die Verkaufs-/Verpachtungsbereitschaft erfragen. Eingehende Angebote privater Grundstückseigentümer, die von sich aus initiativ werden, werden ebenfalls auf Geeignetheit geprüft und bewertet.

Diese Standortliste ist **absolut vertraulich** und wird nicht frei zugänglich gemacht. Sie wird deshalb in den Sitzungen jeweils ausgeteilt und nach den Sitzungen wieder eingesammelt. Sie darf nicht in die Öffentlichkeit gelangen – dies könnte zum einen datenschutzrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen bzw. Sicherheitsrisiken mit sich bringen und zum anderen zur Vereitelung einzelner Standorte führen.

Im Weiteren werden jetzt die Umsetzungsdetails (zeitliche Dimension für die Realisierung, Kapazität, finanzieller Aufwand et cetera) der unter Priorität 1 kategorisierten Standorte in einer ersten Machbarkeitsstudie vom Gebäudemanagement untersucht.

5. Weiteres Vorgehen

Die Unterbringung von Menschen auf der Flucht stellt Bund, Land und Kommunen auch weiterhin vor große Herausforderungen.

Auch in Heidelberg ist die Schaffung von adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten zwingend erforderlich, um den zu erwartenden hohen Zugangszahlen gerecht werden zu können. Mit Blick auf die Strukturen in der Stadt und einen gelingenden Integrationsprozess sind diese Standorte stadtweit gleichmäßig zu verteilen. Gefundene Standorte müssen zeitnah umgesetzt werden, damit sie, abhängig vom Bedarf, Zug um Zug belegt werden können.

Unabhängig von der oben genannten Liste müssen auch weitere, zum Beispiel von privater Seite angebotene Grundstücke oder Gebäude, laufend geprüft werden. Aufgrund des dynamischen Prozesses sind die regulären Beteiligungsabläufe dabei häufig nicht möglich, weshalb der Gemeinderat mit seinem Beschluss am 08.10.2015 (Drucksache 0282/2015/BV) bereits die entsprechenden Weichen gestellt hat, damit die Stadt schnell auf mögliche Angebote reagieren kann.

In einer gemeinsamen Veranstaltung für alle Bezirksbeiräte und Stadtteilvereinsvorsitzenden am 07.12.15 im Gesellschaftshaus Pfaffengrund ist eine Information über den Prozess und die mit Priorität 1 versehenen Standorte geplant.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
WO 4	+	Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	+	Kommunikation und Begegnung fördern
		Begründung: Zielerreichung durch zusätzliche Standorte für die Flüchtlingsunterbringung in <u>allen</u> Stadtteilen; keine Konzentration in bestimmten Stadtteilen, um die vorhandenen Strukturen nicht zu überfordern und die Integration zu erleichtern.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Liste der Standorte mit Priorität 1